

Antrag 144/I/2026**FA X - Natur, Energie, Umweltschutz****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Energetische Verwertung Berliner Siedlungsabfälle und Abwärmenutzung statt Verbringung als Ersatzbrennstoffe nach Brandenburg!**

1 Die Senatorinnen und Senatoren der SPD und die Abge-
2 ordneten der SPD werden aufgefordert, dafür zu sorgen,
3 dass ab 2027 auch die Berliner Siedlungsabfälle in Berlin
4 energetisch verwertet werden und die entstehende Ab-
5 wärme für die Fernwärme genutzt wird, die bisher erst
6 zu Sekundärbrennstoffen verarbeitet und dann außerhalb
7 Berlins verbrannt werden.

8
9 Berlin hat umweltverträgliche Verwertungskapazitäten
10 auf seinem eigenen Territorium zu schaffen, so dass die
11 Hauptstadt nicht mehr auf Müllexporte in andere Bun-
12 desländer angewiesen ist. Dazu ist das Siedlungsabfall-
13 aufkommen durch Vermeidung und (Wieder-)Verwen-
14 dung noch konsequenter zu reduzieren.

15
16 Am Standort des Heizkraftwerks Klingenberg soll dazu ei-
17 ne energetische Verwertung dieser Siedlungsabfälle an-
18 stelle der geplanten Holzverbrennung erfolgen. Auf die-
19 sem Wege kann auch die Versorgungssicherheit und Resi-
20 lienz des gesamtstädtischen Fernwärmenetzes verbessert
21 werden. Dabei soll der Transport möglichst über die Schie-
22 ne und Wasserwege erfolgen (nachhaltiger Transport und
23 nachhaltige Logistik).

24
25 Die Vorverarbeitung von Abfall zu Sekundärrohstoffen
26 wird insgesamt in Berlin eingestellt, da sie weder energe-
27 tisch noch ökologisch oder gar wirtschaftlich ist: Die der-
28 zeitige Trocknung des Restabfalls erfolgt in gasbefeue-
29 rten Anlagen, die anschließende Sortierung ergibt durch ho-
30 che Verschmutzung und Verbundwerkstoffe nur einen sehr
31 geringen Anteil wirklich wiederverwendbarer Materiali-
32 en und alle diese Behandlungsschritte verursachen hohe
33 Kosten, die letztlich auf die Bürgerinnen und Bürger um-
34 gelegt werden.

35
36 Die Senatorinnen und Senatoren der SPD und die Abge-
37 ordneten der SPD werden aufgefordert darauf hinzuwir-
38 ken, dass die BSR und die BEW dazu unverzüglich Gesprä-
39 che aufnehmen und Vereinbarungen treffen.

40
41 **Begründung**

42 Bisher wird ein Fünftel bis ein Viertel der Berliner
43 Siedlungsabfälle zu Sekundärbrennstoffe verarbeitet und
44 dann zur Substitution fossiler Brennstoffe außerhalb Ber-
45 lins, zum Beispiel im Kraftwerk Jänschwalde verbrannt.
46 Das ist zum einen ökologisch abzulehnen, da die Trock-
47 nung in gasbefeue- rten Anlagen, die wenig effiziente Sor-

48 tierung, der sehr geringe Anteil von wiederverwendbaren
49 Stoffen und der Transport zu Emissionen führen und ei-
50 ne energetische Verwertung in Berlin deutlich energieef-
51 fizienter wäre. Dass eine Abfallverbrennung nachteilig für
52 die Berliner Emissionsbilanz ist, ist dabei hinzunehmen,
53 da die gegenwärtige Praxis lediglich dazu führt, dass die
54 Emissionen durch die Verbrennung Berliner Abfälle ande-
55 ren - insbesondere Brandenburg - zugerechnet werden.
56 Zum anderen muss die Fernwärme zunehmend mit Er-
57 neuerbarer Energien und unvermeidbare Abwärme er-
58 zeugt werden. Die bei der energetischen Verwertung von
59 Siedlungsabfällen entstehende Abwärme ist unvermeid-
60 bare Abwärme. Die Abkehr von der Fernwärmeerzeugung
61 insbesondere mit Erdgas muss zügig erfolgen. Denn Ber-
62 lin hat das Ziel, dass die Fernwärme bis 2030 einen Min-
63 destanteil von 40 % an Erneuerbare Energie und unver-
64 meidbare Abwärme aufweist. Berlin sollte sich Kopenha-
65 gen zum Vorbild nehmen; Kopenhagen stützt seine kli-
66 mafreundliche Fernwärme auch auf die Nutzung der Ab-
67 wärme aus der energetischen Verwertung Kopenhagener
68 Abfälle. Hamburg geht ebenfalls diesen Weg. Die Nut-
69 zung der Berliner Siedlungsabfälle für die Fernwärmeer-
70 zeugung dürfte auch dämpfend für die weitere Entwick-
71 lung der Fernwärmepreises sein.

72

73 Die Schaffung zusätzlicher Verwertungskapazitäten darf
74 selbstverständlich keine Abstriche bei den weiteren Be-
75 mühungen zur Abfallvermeidung führen. Da das Berli-
76 ner Abfallaufkommen aber trotz aller Bemühungen kaum
77 sinkt, wäre eine Fortführung der aktuellen Praxis nicht
78 nur ökologisch fragwürdig, sondern auch eine verpasste
79 Chance für die Wärmewende. Die Verbringung nach Bran-
80 denburg muss daher umgehend durch lokale Lösungen er-
81 setzt werden.

82

83 Es besteht im Hinblick auf die vorgenannte Zielsetzung
84 für 2030 dringender Handlungsbedarf, zumal alsbald die
85 vertraglichen Verpflichtungen der BSR zur Lieferung von
86 aus Siedlungsabfällen hergestellten Sekundärbrennstof-
87 fen enden dürften. Damit ist jetzt das Zeitfenster für Ver-
88 einbarungen zwischen der BSR und der BEW offen, die
89 Grundlage für ihre weiteren ihre Planungen und Investi-
90 tionsentscheidungen bilden könnten.